

Kritische Bemerkungen von Happer und Lindzen zu Vorschriften der SEC*

geschrieben von Chris Frey | 30. Juni 2022

Andy May

*[*SEC = Securities and Exchange Commission – Amerikanische Behörde zur Börsenaufsicht]*

Die Verfassung der Vereinigten Staaten wurde schließlich 1787 nach vielen Debatten angenommen. Sie enthielt eine bestimmte Liste von Befugnissen für die Bundesregierung und die ersten zehn Zusatzartikel oder die „Bill of Rights“, die viele Befugnisse für die Bürger und die Bundesstaaten vorsahen. In der Bill of Rights wurden der Bundesregierung eindeutige Beschränkungen auferlegt, und es wurde ausdrücklich festgestellt, dass alle Befugnisse, die der Bundesregierung nicht ausdrücklich zugestanden wurden, den Staaten oder dem Volk vorbehalten waren.

In ihrer ursprünglichen Form konnte die Bundesregierung nicht viel mehr tun, als den zwischenstaatlichen Handel und die auswärtigen Angelegenheiten zu regeln und für die „gemeinsame Verteidigung“ zu sorgen. Um die Befugnisse der Bundesregierung noch weiter einzuschränken, sah die Verfassung vor, dass jeder Regierungszweig – die Exekutive, die Legislative und die Judikative – Befugnisse hat, die die anderen Zweige einschränken.

So war die Bundesregierung in den ersten 120-140 Jahren des Landes ein Nebenschauplatz, das Herz der Vereinigten Staaten war das Zentrum der Wirtschaft und des Handels, die Städte New York und Chicago. Den Unternehmen ging es gut, so gut, dass die Regierung begann, sich selbst Befugnisse zu erteilen, um die Unternehmen und ihre Geschäfte zu kontrollieren. Eines dieser Kontrollorgane ist die U.S. Securities and Exchange Commission (SEC). Ihre [Aufgabe](#) ist es:

„... Investoren zu schützen, faire, geordnete und effiziente Märkte aufrechtzuerhalten und die Kapitalbildung zu erleichtern. Die SEC ist bestrebt, ein Marktumfeld zu fördern, das des Vertrauens der Öffentlichkeit würdig ist.“

Kürzlich hat die Regierung Biden versucht, die Befugnisse der SEC zu nutzen, um Unternehmen durch eine vorgeschlagene [SEC-Regel](#) zur Offenlegung von Informationen über ihre angeblichen klimabezogenen Geschäftsrisiken zu zwingen. Zwei angesehene Mitglieder der [C02-Coalition](#), der emeritierte Princeton-Professor William Happer und der emeritierte MIT-Professor Richard Lindzen, haben die vorgeschlagene Vorschrift geprüft und bei der SEC einen kritischen [Kommentar](#) zu der

Vorschrift eingereicht. Darüber hinaus haben sie einen [Amicus-Curiae-Schriftsatz](#) beim U.S. Court of Appeals for the Fifth Circuit eingereicht, in dem sie darlegen, dass sie nicht glauben, dass es ein Klimarisiko im Zusammenhang mit der Verbrennung fossiler Brennstoffe und den daraus resultierenden CO₂- und anderen Treibhausgas-Emissionen (THG) gibt. Dieser Beitrag befasst sich mit den beiden Anträgen von Happer und Lindzen.

„Es ist blanker Unsinn“

Die vorgeschlagene SEC-Regelung belegt nicht, dass es ein Klimarisiko gibt, sondern geht einfach davon aus, dass es eines gibt, und stützt sich dabei auf die Executive Order 13990 von Präsident Biden und die verschiedenen IPCC-Berichte. Der Amicus-Curiae-Schriftsatz befasst sich mit der Executive Order und den ihr zugrunde liegenden Berechnungen der sozialen Kosten des Kohlenstoffs (SCC).

Happer, der sich seit über 40 Jahren mit möglichen CO₂-bedingten Klimaveränderungen beschäftigt, fasst seine Meinung kurz und bündig zusammen:

„Es gibt keine Klimakrise. Es wird keine Klimakrise geben. Das ist völliger Blödsinn.“

Lindzen hat das Klima sogar noch länger studiert als Happer, sein Kommentar:

„Worüber sich die Historiker in künftigen Jahrhunderten sicherlich wundern werden ist, wie eine zutiefst fehlerhafte Logik, die durch eine schlaue und unerbittliche Propaganda verschleiert wurde, es einer Koalition mächtiger Sonderinteressen tatsächlich ermöglichte, fast jeden auf der Welt davon zu überzeugen, dass Kohlendioxid aus der menschlichen Industrie ein gefährliches, den Planeten zerstörendes Gift sei.“

Es wird als die größte Massentäuschung in der Weltgeschichte in Erinnerung bleiben, dass Kohlendioxid, das Leben der Pflanzen, eine Zeit lang als tödliches Gift angesehen wurde.“

Happer und Lindzen weisen darauf hin, dass diese vorgeschlagenen Berichtspflichten die US-Unternehmen mehr als 6,4 Milliarden Dollar kosten werden und ihre Fähigkeit beeinträchtigen könnten, das Kapital zu beschaffen, das sie zur Ausweitung der Öl-, Gas- und Kohleproduktion benötigen. Das letztgenannte Problem steht ausdrücklich im Gegensatz zum SEC-Mandat des Kongresses. Die Vorschriften werden die Kosten für fossile Brennstoffe erhöhen, keinen Nutzen bringen und ausdrücklich den Armen schaden, die einen größeren Prozentsatz ihres Einkommens für Brennstoffe zahlen. Happer und Lindzen sind der Meinung, dass es keine Klimarisiken im Zusammenhang mit der Verbrennung fossiler Brennstoffe gibt; daher wird die Schätzung und Angabe dieser imaginären Kosten die Fähigkeit der Unternehmen, Geld zu leihen, unnötig und ungerechtfertigt

einschränken, weil das zusätzliche Risiko ihren Wert verringert.

Die SEC geht von der Annahme aus, dass viele prominente Klimawissenschaftler der Meinung sind (dem so genannten „Konsens“), dass der Mensch das Weltklima durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe und den Ausstoß großer Mengen CO₂ beeinflusst. Sie sind auch der Meinung, dass dies eine schlechte Sache ist. In der wissenschaftlichen Welt sind die Meinungen von Wissenschaftlern und Politikern jedoch nicht relevant. Damit soll nicht gesagt werden, dass der anthropogene Klimawandel oder die Möglichkeit einer anthropogenen Klimakatastrophe widerlegt sind, sondern nur, dass es keine stichhaltigen Beweise für diese Hypothesen gibt. Auf dieses Konzept wird [hier](#) näher eingegangen.

Die SEC-Vorschrift verlangt die Offenlegung der Treibhausgasemissionen eines jeden Unternehmens gegenüber der SEC und in den Jahresberichten. Der Zweck dieser Offenlegung ist es, „Entscheidungs-nützliche Informationen für Investoren“ zu liefern. Offensichtlich hängt der Nutzen dieser Informationen von der Annahme ab, dass Treibhausgasemissionen einen signifikanten Einfluss auf das Klima haben und in irgendeiner Weise schädlich für die zukünftige Lebensfähigkeit des Unternehmens sind. Diese Annahmen werden von Happer und Lindzen bestritten.

Richard Feynman

Weder Happer noch Lindzen glauben, dass die SEC- und TDS-Argumente wissenschaftlich gültig sind. Sie erklären, dass zuverlässige wissenschaftliche Theorien Vorhersagen machen, die später durch Beobachtungen bestätigt werden. Sie beruhen nicht auf einem wissenschaftlichen Konsens, einer Regierungsmeinung, einem Peer Review oder manipulierten Daten. Mit den Worten von Professor Richard Feynman, der von Happer und Lindzen zitiert wird:

„Wir vergleichen das Ergebnis der Berechnung einer Theorie mit der Natur, ... wir vergleichen es direkt mit Beobachtungen, um zu sehen, ob es funktioniert. Wenn sie nicht mit dem Experiment übereinstimmt, ist sie falsch. In dieser einfachen Aussage liegt der Schlüssel zur Wissenschaft.“ Richard Feynman, [The Character of Physical Law](#) (1965), S. 150.

Es wurden Modelle erstellt, um die hypothetischen, vom Menschen verursachten Veränderungen des Klimas und die angeblichen Schäden, die diese Veränderungen verursachen könnten, aufzuzeigen. Leider – oder vielleicht zum Glück – lassen sich die Modelle nicht gut mit den Beobachtungen [vergleichen](#) [in deutscher Übersetzung [hier](#)]. Nach der Feynman-Regel ist damit die Hypothese eines katastrophalen Klimawandels hinfällig. Weitere Informationen über die Diskrepanz zwischen Modellen und Beobachtungen finden Sie [hier](#).

Die SEC kann zwar Vorschriften erlassen, die die Offenlegung gültiger

Risiken für ein Unternehmen vorschreiben, aber sie sollte nicht die Offenlegung eingebildeter Risiken vorschreiben, die wissenschaftlich nicht erwiesen sind.

Die Grundlage für die von der SEC vorgeschlagene Regelung bilden die [Executive Order 13990](#) von Präsident Biden und die so genannte [TDS](#). In diesen Dokumenten werden die Gesamtkosten der Verbrennung fossiler Brennstoffe berechnet, einschließlich der imaginären Kosten des durch Treibhausgase verursachten Klimawandels oder SCC. Der den Treibhausgasemissionen zugewiesene Dollarwert wird von Bürokraten in der Exekutive berechnet, was ihnen im Wesentlichen die Befugnis gibt, jedes Unternehmen, das fossile Brennstoffe herstellt oder verwendet (im Wesentlichen jedes Unternehmen), ohne Genehmigung des Kongresses zu besteuern.

Happer und Lindzen zeigen auch, dass Präsident Bidens Durchführungsverordnung, die den Behörden vorschreibt, den sozialen Nutzen einer Reduzierung der Treibhausgasemissionen zu ermitteln, ernsthafte Mängel aufweist. Die Verfügung ignoriert den Nutzen von zusätzlichem CO₂ und anderen Treibhausgasen, also die negativen Kosten.

Biden ignoriert Beweise.

Bidens Durchführungsverordnung stützt sich sehr stark auf die berühmten [IPCC-Klimawandelberichte](#) der letzten dreißig Jahre, aber wie Happer und Lindzen klarstellen, besagen die IPCC-Regeln, dass alle Regierungen die IPCC-Zusammenfassungen für politische Entscheidungsträger (SPMs) am Anfang jedes IPCC-Berichts genehmigen. **Bei den SPMs handelt es sich um Stellungnahmen der Regierungen, nicht um wissenschaftliche Dokumente.** Alles im IPCC-Bericht muss mit den SPM übereinstimmen, d. h. der wissenschaftliche Inhalt muss an die Regierungsmeinungen angepasst werden, was einen klaren Verstoß gegen den wissenschaftlichen Grundsatz darstellt, dass eine Theorie nur durch einen Vergleich mit Beobachtungen in der realen Welt bestätigt werden kann. Selbst wenn eine Theorie bestimmte Beobachtungen erfolgreich vorhersagt, kann die Theorie durch zusätzliche Beobachtungen in Frage gestellt werden, eine Theorie ist nie bewiesen, sie überlebt nur Anfechtungen. Regierungsdiktate sind keine Validierung.

Sowohl der IPCC als auch Bidens Durchführungsverordnung ignorieren die zahlreichen Beweise dafür, dass zusätzliches CO₂ nützlich ist. Happer und Lindzen erinnern uns daran, dass fast alle Lebensmittel, die wir essen, und der gesamte Sauerstoff, den wir atmen, aus der Photosynthese von CO₂ und Wasser stammen. Pflanzen entwickelten sich, als die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre **mehrere tausend Teile pro Million (PPM)** betrug, verglichen mit den lächerlichen 400 PPM in der heutigen Atmosphäre. Alle Pflanzen wachsen mit mehr CO₂ schneller und verbrauchen weniger Wasser pro Pfund Wachstum, weshalb moderne Gewächshäuser der Luft CO₂ zusetzen.

[Hervorhebungen vom Übersetzer]

Happer und Lindzen betonen, dass die Ernteerträge in der Landwirtschaft von der Zugabe von durch fossile Brennstoffe erzeugtem CO₂ in die Atmosphäre profitiert haben. Die weltweite landwirtschaftliche Produktion ist seit 1961 aufgrund von zusätzlichem CO₂, besserem Saatgut, mehr und besserem Dünger (aus fossilen Brennstoffen) und besserem Wassermanagement um fast 300 % [gestiegen](#); weitere Einzelheiten sind [hier](#) zu finden.

Zusammenfassend schreiben Happer und Lindzen, dass die SEC und die Executive Order 13990 Abschnitt 5 auf mehrfachen Verstößen gegen die wissenschaftliche Methode beruhen und für arme Menschen weltweit, zukünftige Generationen und die Vereinigten Staaten katastrophale Folgen haben werden. Sie stellen fest, dass sowohl die Executive Order als auch die SCC-Regel gegen die Definition des Obersten Gerichtshofs von 1993 für „wissenschaftliche Erkenntnisse“ verstoßen, wie es in der Daubert-Entscheidung heißt:

Um als „wissenschaftliches Wissen“ zu gelten, muss eine Schlussfolgerung oder Behauptung durch die wissenschaftliche Methode abgeleitet werden, und alle zugelassenen wissenschaftlichen Aussagen oder Beweise [müssen] ... „zuverlässig“, „getestet“ und „durch eine angemessene Validierung gestützt“ sein. Daubert v. Merrell Pharmaceutical, Inc., 509 U.S. 579 (1993)

Das [US-]Bundesrecht verpflichtet alle Regierungsbehörden, Kosten und Nutzen eines Projekts oder einer Vorschrift abzuwägen. Die Exekutivanordnung 13990 weist jedoch die Behörden an, nur die angeblichen Kosten abzuwägen, was eindeutig gegen das Mandat des Kongresses verstößt. Der Schriftsatz kommt zu dem Schluss, dass der Präsident seine Exekutivgewalt in unzulässiger Weise ausgeübt hat, indem er das Instrument einer so genannten behördenübergreifenden Arbeitsgruppe nutzte, um ein Gesetz zu schaffen, das jenseits seiner Befugnisse als Präsident gemäß der US-Verfassung liegt. Mit den Worten von Richter Brandeis vom Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten (1926):

„Die Doktrin der Gewaltenteilung wurde vom Konvent von 1787 nicht zur Förderung der Effizienz, sondern zur Verhinderung der Ausübung willkürlicher Macht angenommen. Der Zweck war nicht, Reibungen zu vermeiden, sondern durch die unvermeidlichen Reibungen, die mit der Verteilung der Regierungsgewalt auf drei Ministerien einhergehen, das Volk vor Autokratie zu bewahren.“

Die willkürliche SEC-Regel und die Executive Order 13990 von Präsident Biden sind genau das, was die US-Verfassung verhindern sollte.

Special thanks to Gregory Wrightstone and Dr. Richard Lindzen of the CO₂ Coalition for their helpful suggestions and encouragement

Link:

<https://clintel.org/critical-comments-by-happer-and-lindzen-on-sec-rule/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

Wie der Strommarkt durch korrumpierte Manager und Politiker zerstört wurde

geschrieben von Andreas Demmig | 30. Juni 2022

Eigenbericht STT

Wir halten es an der Zeit – das Wie und Warum, was dazu geführt hat, dass die Australier unter routinemäßigen Stromrationierungen und ständig explodierenden Strompreisen leiden, mal mit Tiefe zu analysieren – ungeachtet des Überflusses an Kohle, Gas und Uran unter ihren Füßen.

[In der untere Hälfte des Originals, eine Analyse aus Australien, dass Deutschland in Bezug auf Strommangel sogar schon voraus, was unsere deutschen Wirtschaftsminister nicht davon abhält, die Wirtschaft und den Wohlstand des Landes noch nachhaltiger zu zerstören – der Übersetzer]

Die heutigen Bedrohungen der Energiesicherheit: Sind sie überraschend?

geschrieben von Prof. Dr. Horst-joachim Lüdecke | 30. Juni 2022

IX Global Baku Forum: Ich fürchte, dass ich hier heute – ungewollt und nicht zu meiner großen Freude – die Rolle eines Bilderstürmers spielen werde.

von Vaclav Klaus, Präsident der Tschechischen Republik von 2003 – 2013

Mein Land, die Tschechische Republik, ist ein „Netto-Energieimportland“,

was unsere Position mehr oder weniger vorgibt. Wir haben Kohleminen und Kernkraftwerke (und sind nicht bereit, sie aufzugeben). Bis jetzt hatten wir einen Überschuss an elektrischer Energie. Dagegen importieren wir praktisch vollständig Erdöl und Erdgas, vor allem aus dem Osten – 50 % des Öls und 96,5 % des Gases aus Russland und 16 % des Öls aus Aserbaidschan (plus 18 % aus Kasachstan).

Wir sind daher für eine größtmögliche Kontinuität des internationalen Handels mit Erdöl und Erdgas zu sinnvollen Preisen, die deren wahre wirtschaftliche Substanz widerspiegeln – sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite. Als ehemaliger Finanzminister, ehemaliger Premierminister und ehemaliger Präsident kann ich – so hoffe ich zumindest – einige Bemerkungen zu den allgemeinen Aspekten der Energiesituation machen. Als nicht mehr aktiver Politiker bin ich aber weder in der Lage noch bereit, in den täglichen Frühhinrichten kurzfristige politische Fragen zu kommentieren.

Unsere heutige Realität ist sehr einfach, aber frustrierend: die rapide steigenden Energiepreise und die allgemeine und übergreifende Inflation stellen ein grundlegendes, seit Generationen unbekanntes Problem für die tschechischen Verbraucher und Unternehmen dar.

Als Wirtschaftswissenschaftler, der vor Jahrzehnten seine Doktorarbeit über die Inflation geschrieben und damit versucht hat, die Logik und die Mechanismen der nachfrageseitigen und der kostenseitigen Inflation zu verstehen, und als Politiker, der nach dem Fall des Kommunismus und seiner zentralen Planwirtschaft die Preise liberalisiert und alle Arten von Subventionen abgeschafft hat, bin ich ein großer Befürworter der freien Märkte und konsequenter Gegner von Preismanipulationen. Ich werde niemals Verfechter einer Politik von Preisstopps oder Preisobergrenzen sein. Wir, die wir in der kommunistischen Ära gelebt haben, wissen, wie zerstörerisch solche Maßnahmen für das Funktionieren der Märkte sind.

Der Mensch hat ein soziales Bewusstsein, und ich habe kein Problem damit, das zu akzeptieren. Unser soziales Bewusstsein darf aber unser Denken nicht vernebeln. Wir sollten diese Vorstellung zu unserer Prämisse machen. Ohne Preise, welche die wirtschaftliche Knappheit widerspiegeln, können wir kein funktionierendes Wirtschaftssystem haben.

Wir sollten daher die Bereiche der Wirtschafts- und der Sozialpolitik strikt voneinander trennen. Die Wirtschaft muss so autonom wie möglich sein. Sie darf nicht durch politische Entscheidungen gelenkt werden. Diese Schlussfolgerung mag altmodisch klingen. Sie ist auch nicht politisch korrekt und fortschrittlich oder progressiv genug, aber ich muss auf ihr bestehen. Die Bürger der ehemals kommunistischen Länder sind froh, dass sie nicht mehr mit zentraler Planwirtschaft, Fünfjahresplänen und irrationalen Preisen leben müssen.

Dreißig Jahre nach dem Fall des Kommunismus sind einige von uns frustriert, dass wir nicht laut genug protestiert haben, als in den

letzten zwei Jahrzehnten, langsam und Stück für Stück, wieder eine postmoderne, weitgehend zentral verwaltete Wirtschaft eingeführt wurde. Das heutige System basiert wieder einmal auf vielen nicht-ökonomischen, apriorisch auferlegten Zwängen, die vor allem mit der wachsenden Rolle der grünen Ideologie zusammenhängen. Das zerstört die Rationalität des Systems der wirtschaftlichen Anreize und führt uns in die Irre.

Der tragische Ukraine-Krieg und die damit verbundenen Preissteigerungen und Kürzungen der Energieversorgung, die wir jetzt erleben, sind nicht vom Himmel gefallen und kamen zudem nicht zu einem wirtschaftlich gesunden Zeitpunkt. Damit meine ich nicht nur die Covid-Pandemie. Der Krieg kam nach Jahren der Panik vor einer globalen Erwärmung und – besonders für uns in Europa – nach der Verabschiedung eines wirtschaftlich Projekts namens „Green Deal“ voller Fehler. Die enormen Energiepreissteigerungen in den Ländern Mittel- und Osteuropas in den letzten Wochen und Monaten sind die unvermeidliche Folge eines solchen Spiels mit den Märkten. Es fing lange vor dem Ukraine-Krieg an.

Im Dokument zum Baku-Forum, das wir vorab erhielten, warfen die Organisatoren die Frage auf: „Welche Schritte sollten die erdgas- und erdölproduzierenden Länder unternehmen“? Ich bin nicht so ambitioniert zu wagen, souveränen Ländern Ratschläge zu erteilen. Aber es ist offensichtlich, dass diese Länder kein Problem mit den steigenden Energiepreisen haben dürften. Sie sollten diesen Moment als eine historische Chance nutzen, um ihre Länder wirtschaftlich zu stärken und sie auf eine ungewisse Zukunft vorzubereiten. Die schon immer bestehende Unsicherheit hat sich durch den unverantwortlichen Krieg auf dem Territorium der Ukraine radikal verstärkt.

Die gas- und ölproduzierenden Länder könnten – im Interesse ihrer eigenen Entwicklung – von dem weltweiten Nachfrageüberhang profitieren, der das Ergebnis einer mehr als ein Jahrzehnt andauernden geldpolitischen Maßnahme der quantitativen Lockerung (Monetarisierung der Staatsschulden) und riesiger Haushaltsdefizite in den westlichen Ländern ist. Das garantiert die anhaltende Nachfrage nach Energielieferungen. Die Länder, die auf der Angebotsseite stehen, werden die Gewinner sein. Wir auf der Nachfrageseite, vor allem die kleinen europäischen Länder – werden eher die Verlierer sein. Das unverantwortlich herbeigeführte inflationäre Ungleichgewicht wird unsere Chancen auf einen Neustart unseres Wirtschaftswachstums blockieren. Leider haben wir das verdient, denn wir haben uns nicht ausreichend bemüht, die Inflationspolitik zu stoppen.

Der Zweck von Zusammenkünften wie dem bereits 9. Global Forum in Baku ist es, Menschen zusammenzubringen, um dringende Fragen und anstehende Herausforderungen offen zu diskutieren und um gegenseitiges Verständnis zu werben. Ich bin erfreut, hier zu sein und an dieser Zusammenkunft in Baku teilzuhaben.

Václav Klaus, IX Global Baku Forum, Panel 3: "Today's Threats to Energy:

*Their Nature, Scope and the Need to Address Them in New, Wise Ways”,
Baku, Azerbaijan, June 16, 2022.*

Anmerkungen der EIKE-Redaktion

Wir danken dem ehemaligen Tschechischen Staatspräsidenten Dr. Vaclav Klaus ganz herzlich für die freundliche Genehmigung, seine Rede in Baku in den EIKE-News abzudrucken (Übersetzung des Englischen Originals (hier) von Prof. Dr. H.-J. Lüdecke)

Es dürfte unsere Leser kaum überraschen, dass EIKE den Inhalt der Rede von Vaclav Klaus vollumfänglich teilt, nämlich gegen Planwirtschaft und für freie soziale Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Ehrhards. Auch in der Ablehnung von „Klimaschutz“, Energiewende und „great reset“ (auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos propagierte Weltdiktaturbestrebungen (hier), (hier), (hier)) sind EIKE und Vaclav Klaus deckungsgleich. Zwei EIKE-Mitglieder sind mit Vaclav Klaus anlässlich von Vorträgen auf gemeinsamen Veranstaltungen persönlich bekannt.

Neues vom Gesetzgeber – Das Ersatzkraftwerkebereitstellungsgesetz

Z

geschrieben von Admin | 30. Juni 2022

In hoher Schlagzahl baut die Regierung neue Gesetze. Da im Energiebereich kaum noch Marktkräfte wirken, muss auf veränderte Bedingungen administrativ und kleinteilig reagiert werden. Die Gasmangellage birgt hohes Risiko, wie die entsprechenden Gesetze auch.

von Frank Hennig

Im liberalisierten Strommarkt reihen sich Kraftwerke nach ihren Grenzkosten ein. Je nach Bedarf und Preis kommen sie zum Einsatz oder auch nicht. Das regelte früher der Markt und eines wie oben angeführten Gesetzes bedurfte es nicht. Nun wird seit vielen Jahren in den Markt hineingegrätscht, es wird gefördert und verboten, was das Zeug hält. EEG-begünstigte Anlagen werden per Einspeisevorrang zwangsweise in den Markt gedrückt, konventionelle Kraftwerke werden durch Sonderlasten wie den CO₂-Zertifikatehandel belastet oder gleich ganz verboten.

Der Energiemix im Strombereich wurde zielgerichtet verengt und es blieb

Erdgas als einzige „Brückentechnologie“. Wer je über die Unzuverlässigkeit der wetterabhängigen Wind- und Solarstromproduktion sprach, wurde von dauerprogressiven Energiewendern darüber belehrt, dass es bald viele hochmoderne, schnell regelbare Gaskraftwerke geben würde. So hatte es auch die Kohlekommission empfohlen, schon im Januar 2019. Passiert ist allerdings so gut wie nichts, denn der Regierung wohlwollender Blick galt ausschließlich dem möglichst schnellen und umfangreichen Ausbau der Wind- und Solarenergieanlagen.

Die weiteren Abschaltungen von Kern- und Kohlekraftwerken können aufgrund einer zu geringen Zahl an Gaskraftwerken nicht kompensiert werden. 30 bis 50 Anlagen fehlen – eher mehr. Nun mangelt es nicht nur an diesen Kraftwerken, sondern kriegsbedingt am Gas selbst. Obwohl einige Übereifrige nach Zero-Covid schon nach Zero-Gas riefen und selbst den Schieber schließen wollten, löst der sinkende Gasdruck regierungsseitig große Bedenken aus.

Was sich früher über die Merit Order am Strommarkt selbst erledigt hätte, erfordert nun staatliches Handeln. Mit dem EKWG sollen einige der verschmähten fossilen Kraftwerke wieder reaktiviert werden, natürlich nicht einfach so, sondern unter ordentlich bürokratischen Bedingungen. Und so ist das „Ersatzkraftwerkebereitstellungsgesetz“ auch nur eine Abkürzung und steht für „Gesetz zur Bereithaltung von Ersatzkraftwerken zur Reduzierung des Gasverbrauchs im Stromsektor im Fall einer drohenden Gasmangellage durch Änderungen des Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer energiewirtschaftlicher Vorschriften“. Dazu fand im Ausschuss für Klimaschutz und Energie des Bundestages am 24. Juni eine öffentliche Anhörung statt. Es ging konkret um den „Entwurf einer Formulierungshilfe der Bundesregierung für die Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen und der FDP“ zu dem Gesetz. Ordnung muss sein.

Wie immer blickt man im Gesetzentwurf nichts aufs Ganze, sondern ausschließlich auf das knappe Gas, dessen Einsatz zur Stromerzeugung auch finanziell bestraft („pönalisiert“) werden soll. Die Technologien Kernkraft wie auch Windkraft kommen im 31-seitigen Entwurf nicht vor. Die eine ist Teufelszeug und soll nicht mehr erwähnt werden, bis sie hoffentlich am 31. Dezember ihr Leben in Deutschland aushaucht, die andere wird peinlich beschwiegen, weil sonst ihre Unfähigkeit zur Versorgung zur Sprache kommen würde. So blieb es mir und nicht der Vertreterin des klimafixierten Ökoinstituts vorbehalten, die CO₂-Vermeidung durch Kernkraft zu erwähnen.

Hü und Hott

Einigkeit bestand darüber, dass die Gasmangellage „sehr, sehr ernst“ sei, Putin wurde schuldig gesprochen, tiefer ging man bei den Ursachen leider nicht.

Sollte das Gesetz in Kraft treten, wirken zwei bestehende Gesetze gleichzeitig und gegensätzlich: Über das

Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) werden Kohlekraftwerke abgeschaltet, über das Ersatzkraftwerkebereitstellungsgesetz (EKWG) werden sie teilweise wieder aktiviert. Die deutsche Energiepolitik zeigt Symptome der Konfusion auf höchstem bürokratischen Niveau. Die Schlagzahl der Formulierung neuer Gesetze in immer kürzeren Fristen nimmt zu.

Der alte Römer Tacitus sprach: „Der verdorbenste Staat hat die meisten Gesetze.“ (Um der Gefahr des Vorwurfs der Delegitimierung des Staates zu entgehen, distanzieren sich von diesem Zitat und weisen daraufhin, dass damit das alte Rom gemeint war.)

Die Klimaziele sollen unberührt bleiben, offenbar vermutet man nur einen kurzfristigen Einsatz von Kohlekraftwerken, weshalb die Regelungen im Gesetz nur bis 31. März 2024 gelten sollen. Inwieweit und warum sich bis dahin die Lage grundlegend geändert haben sollte, wurde in der Anhörung an keiner Stelle deutlich. Dafür gab es die Idee, die zwangsläufig steigenden Emissionen schnellstens wieder „zurückzuholen“, natürlich durch die zügige Beschleunigung des schnelleren Ausbaus der „Erneuerbaren“.

Deutlich wurde, dass auch neue Gaskraftwerke nötig sind. Niemand versuchte, die Sektoren Strom und Wärme zu trennen, wie es einige Politiker und Pseudowissenschaftler und -innen tun, um die Kernkraft aus der Diskussion herauszuhalten. Spätestens wenn egoistische Menschen bei administrativ abgesenkten Raumtemperaturen ihren Heizlüfter mit der Steckdose verbinden, wird die Überlappung der Sektoren deutlich. Zudem bleiben Gaskraftwerke für die Spitzenlast im Stromnetz weiter nötig, denn die reaktivierten Kohlekraftwerke müssen zunächst den entfallenden Strom aus Kernkraft ersetzen.

Noch sind Heizlüfter käuflich zu erwerben, aus guten Gründen gab es sie im DDR-Einzelhandel nicht. Besser wäre, die Bevölkerung würde von selbst auf den Einsatz solcher Geräte verzichten und Pullover überstreifen, aber der Weg zum klimagerechten Menschen dürfte noch viel grüne Erziehungsarbeit erfordern.

Ob die unter Zeitdruck zu verabschiedenden Energie-Gesetze nutzen oder eher schaden, wird die Zeit zeigen. Unverändert gilt, dass kleinteilige administrative Regelungen unweigerlich zum Bedarf weiterer Regulierung führen, denn man kann ihre Wirkung und mögliche Umgehungstatbestände nicht in Gänze vorhersehen.

Darf`s etwas weniger sein?

Zunächst führt die planmäßige und angekündigte Revision der Nordstream-1-Leitung zum Stopp der russischen Gaslieferungen. Damit dürfte das Auffüllen der Speicher unterbrochen werden. Ob die Leitung wieder termingerecht in Betrieb geht, ist angesichts der politischen Unwägbarkeiten unklar. Die Liefereinschränkung durch einen fehlenden

Verdichter wird auf jeden Fall bestehen bleiben, was Klimaminister Habeck als politisch verursacht feststellt. Inzwischen bestätigte Kanada allerdings, dass tatsächlich eine überholte Gasturbine für einen Verdichter aus Sanktionsgründen nicht zurück geliefert werden kann. Russland wird sich kaum bemühen, eine alternative Turbine einzusetzen. Gazprom-Chef Miller sagt, man könne über Nordstream 2 liefern. Das wollen wir natürlich nicht.

Unterdessen erweckt unsere Situation in der Ukraine Mitleid. Seit dem 16. März ist das Land mit dem europäischen ENTSO-Stromverbundnetz gekoppelt und Energieminister **Haluschtschenko** bietet Deutschland Strom aus ukrainischen Kernkraftwerken an. Etwa 50 Prozent des Stroms in der Ukraine hat seinen Ursprung in der Kernspaltung. Das größte europäische Kernkraftwerk (KKW) steht bei Saporischschja, ist derzeit allerdings unter russischer Kontrolle. Etwa 14 Gigawatt KKW-Leistung stehen zur Verfügung, es gibt eine Vereinbarung mit Westinghouse zur Optimierung von zwölf Reaktoren und zum Bau weiterer neun Blöcke. Eine Reaktion unserer Regierung auf das Angebot ist nicht bekannt, natürlich müsste man es aus Gründen der Sicherheit (in der Ukraine) ablehnen.

Die Aussichten sind trüb wie ein Gurken-Smoothie mit Banane und Rucola. Die Energiepolitik der Ampel wird durch die Grünen dominiert. Das hilft „dem Klima“ nicht, denn die Grünen sind keine Klimaschutz-, sondern eine Antiatompartei. Das Festhalten an einer Achtziger-Jahre-Ideologie ist reaktionär und kontraproduktiv, bestimmt aber den Kurs der Ampelregierung. Es wird noch mindestens zwei Politikergenerationen brauchen, bevor wie bei den finnischen Grünen ein Umdenken einsetzt.

Bis dahin wird es noch eine Fülle neuer Gesetze geben müssen, um die Energieplanwirtschaft zu gestalten. Bürokratie und Preise steigen, Versorgungssicherheit und Lebensniveau sinken. Grün wirkt.

Die Dokumentation zur Veranstaltung incl. Video (1:24h)

Meine Stellungnahme zum Gesetzentwurf

Der Volkswagenkonzern will Achgut.com plattmachen – vom Anfang einer üblen Affäre

geschrieben von Admin | 30. Juni 2022

Der Volkswagenkonzern will Achgut.com plattmachen. Und bedient sich gegenüber Herausgeber Henryk M. Broder dabei auch noch eines einschlägig bekannten Jargons.

Von Henryk M. Broder, Dirk Maxeiner und Fabian Nicolay.

Wie viele Affären, so kommt auch diese mit einer scheinbaren Petitesse ins Rollen. Ein kleiner Denunziant verspritzt auf Twitter anonym sein Gift gegen Achgut.com. Die Firma Audi ignoriert dies nicht etwa, sondern verspricht servil, den Fall zu prüfen. Einige Tage später cancelt unser Anzeigen-Mediapartner Taboola sämtliche Anzeigen auf Achgut.com auf Veranlassung eines in Deckung bleibenden „Premiumkunden“. Das gefährdet unsere Existenz. Die Achse soll plattgemacht werden. Und die Meinungsfreiheit gleich mit. Eine besonders unrühmliche Rolle spielt dabei der VW-Konzern und die dazugehörige Firma Audi. Eine Mitarbeiterin des Unternehmens befleißigte sich gegenüber Achgut-Herausgeber Henryk M. Broder sogar ungeniert eines einschlägig bekannten Jargons und berief sich auf „Exklusionslisten“ des Konzerns.

Aber eines nach dem anderen.

„Auweia“, schreibt am 10. Juni auf Twitter ein anonymes Denunziant mit dem stimmigen Namen „WahnSager“ an die Volkswagen-Tochter Audi: „Seid ihr sicher, dass ihr auf Achgut (schlimm genug!) im Umfeld des Lügners, Impfgegners und Coronaverharmlosers #Homburg mit eurer Werbung gut vertreten seid?? (Screenshot von heute) @volkswagen“. Der „Wahnsager“ bezieht sich dabei auf einen Beitrag des Kritikers der Corona-Maßnahmen Stefan Homburg. Der Wirtschaftswissenschaftler ist Professor i. R. für öffentliche Finanzen an der Leibniz-Universität in Hannover und Gastautor von Achgut.com. Zu seinen Corona-Beiträgen auf Achgut.com in den letzten Jahren muss man nicht mehr sagen als dies: Homburgs Warnungen und Kritikpunkte haben sich inzwischen größtenteils bestätigt und gehören mehr oder weniger zum Stand des Wissens. Und wahrscheinlich ist genau das das Problem von Twitter-Gestalten wie dem „Wahnsager“.

Nun könnte man meinen, die Beurteilung von journalistischen Beiträgen und die Zurkenntnisnahme von anonymen Denunziationen sei nicht unbedingt das Kerngeschäft der hundertprozentigen VW-Tochter Audi. Ein Unternehmen, das wie der Volkswagen-Konzern samt Audi seine Existenz zum großen Teil an den chinesischen Markt gekettet hat, sollte mit seinen „Compliance-Regeln“ eigentlich nicht allzu auffällig wedeln.

Inklusions- und Exklusionslisten

Da haben wir uns aber geirrt. Ein „Audi Official“ antwortete dem Twitter-Wahnsager stante pede:

„Vielen Dank für diesen Hinweis! Derartige Anzeigen werden automatisiert ausgespielt und wir haben keinen Einfluss auf die Platzierung. Wir werden den Fall jedoch prüfen und unsere Blacklist entsprechend

überarbeiten“.

Eine etwas irritierte Anfrage von Achgut.com-Herausgeber Henryk M. Broder (den gesamten Mailwechsel finden Sie weiter unten) an Audi lautete: „Ich finde es erstaunlich, dass sie auf eine haltlose Denunziation dermaßen servil reagieren und gleich eine „Überarbeitung“ ihrer Blacklist anbieten. würden Sie mich bitte darüber aufklären, nach welchen Kriterien Ihre Blacklist erstellt und wem bis jetzt die Ehre zuteil wurde, in diese Liste aufgenommen zu werden?“

Daraufhin bekam er folgende Antwort: „Sie verstehen sicherlich, dass wir jegliche Hinweise überprüfen, die uns erreichen. Und genau das behalten wir uns auch in diesem Fall vor: Eine Prüfung des Mediums auf dem Anzeigen für unser Unternehmen ausgespielt werden. Und die stetige Überarbeitung unserer Inklusions- und Exklusionslisten für Werbeanzeigen“. Soweit Cornelia Böhm, Abteilung Social Media von Audi.

Henryk M. Broder schrieb daraufhin folgende Mail, auf die keine Antwort mehr erfolgte:

„Sehr geehrte Frau Boehm, ich bin mir nicht sicher, ob sie sich der Tragweite ihrer Aussage bewusst sind, bei AUDI gebe es „Inklusions- und Exklusionslisten“. Möglich, dass Sie bei der Ausbildung für ihre jetzige Tätigkeit nicht gelernt haben, dass dies vor nicht allzu langer Zeit eine Aufgabe war, die in die Zuständigkeit des RSHA fiel, mit recht unangenehmen Folgen für die Exkludierten, wie sie hier nachlesen können. Allein die Unbefangenheit, mit der sie die Begriffe inkludieren und exkludieren handhaben, ist schwer erträglich. Es wäre gut, wenn sie noch mal darüber nachdenken – und vielleicht mit ihren Vorgesetzten reden würden – wofür die Exklusion von Menschen, Gruppen oder Unternehmen steht, die aufgrund einer anonymen Denunziation sanktioniert werden. Ich mag es mir nicht vorstellen, dass eine solche Praxis Teil der AUDI-Unternehmenskultur sein könnte“.

Reicht ein polizeiliches Führungszeugnis?

Nun wissen wir, dass es bei AUDI Inklusions- und Exklusionslisten gibt, die laufend überarbeitet werden, was vermutlich bedeutet, dass die einen reinkommen und die anderen rausfliegen. Gilt das nur für Werbeanzeigen oder auch für Kunden? Muss jemand, der sich ein AUDI-Auto kaufen will, einen Ahnenpass vorlegen oder reicht ein polizeiliches Führungszeugnis? Die AUDI AG ist ein Unternehmen der VW-Gruppe, weltweit aktiv und dem Zeitgeist verpflichtet. Der Volkswagen-Konzern ist teilweise ein Staatsbetrieb mit einer großen Sperrminorität des Landes Niedersachsen („VW-Gesetz“)

Unser Anzeigen-Mediapartner Taboola ließ uns in einem Telefongespräch, an dem auch der „Country Manager für die Dachregion“ Thomas Koch teilnahm, unverblümt wissen, dass man zu Beginn unserer Zusammenarbeit keine Probleme mit unseren (seitdem unveränderten)

Inhalten habe, inzwischen spiele man aber in einer anderen Liga und habe es mit großen börsennotierten Konzernen zu tun. Und die hätten sich beschwert (Das Gespräch liegt uns als Mitschrift dokumentiert vor). Bei einer internen „Überprüfung“ zog man dann allerhand Voodoo hinzu, darunter ausgerechnet die Beurteilung von „NewsGuard“, einem (Eigenwerbung) „Vertrauens-Tool fürs Netz“, sprich so eine Art privatwirtschaftliches Wahrheitsministerium, verwandt mit den „Fakten-Checkern“ à la „Correctiv“ (von denen NewsGuard gern Urteile übernimmt).

Achgut.com hatte in einer Serie über das korrumpierte „Vertrauensool“ enthüllt: „Das Unternehmen „NewsGuard“ versucht Achgut.com durch Rufmord wirtschaftlich zu ruinieren. Es geht oft um pharma- und impfkritische Beiträge. Einer der größten Geldgeber von NewsGuard ist der Medienkonzern „Publicis“, der in den USA wegen krimineller Pharma-Kampagnen angeklagt wird.“ Und so dreht sich die bezahlte oder anonyme Denunziation munter im Kreise und bezieht sich stets auf sich selbst. Taboola kam dann mit Hilfe von Newsguard zum Schluss, das Achgut com „ein bisschen islamophobisch“ sei, und – man höre und staune – „die Wirksamkeit der Vakzine verneine“. Insgesamt zeigt sich in dem Rauswurf von Achgut.com eine perfekte Symbiose von Großunternehmen- und Wokeness-Ideologie.

Gerettet haben uns unsere Leser

So mangelte es auch in der Vergangenheit nicht an Versuchen, die Achse des Guten wirtschaftlich zu ruinieren, weil dies die einzige Möglichkeit ist, ein unbequemes Medium zu beseitigen, das seit nunmehr 18 Jahren (!) wahrhaftig berichtet und schlicht die Meinungsfreiheit im ursprünglichen Sinne in Anspruch nimmt. Unter dem Motto „KeinGeldFuerRechts“ versuchte bereits 2015 ein Mitarbeiter der Großagentur Scholz & Friends, uns in den Ruin zu treiben, indem unsere damalige Anzeigenagentur ebenfalls genötigt wurde, die Zusammenarbeit mit uns zu kündigen. Seitdem hat sich unser Anzeigengeschäft nur geringfügig erholt, da man erfahrungsgemäß nie wieder von den sogenannten „Blacklists“ herunterkommt. Lesen Sie dazu alles in unserem Dossier „Denunziantengate“.

Gerettet haben uns damals unsere Leser mit Spenden und Patenschaften, wofür wir Ihnen ewig dankbar sind. Die heutige Situation ist allerdings noch bedrohlicher, weil unser Aufwand und unser Angebot deutlich gewachsen sind, wir Achgut.com aber weiterhin kostenlos für alle bereitstellen und dies nicht ändern wollen. Die Vorgänge zeigen letztendlich die Relevanz von Achgut.com in der öffentlichen Debatte. Was auf Achgut.com thematisiert wird, ist in der Welt. Es kann nicht mehr ignoriert werden. Und deshalb soll die Achse weg. Besonders stört unsere Verankerung im liberalen Bürgertum. Und daher rührt letztendlich auch die konzertierte Aktion, uns zu schaden. Gegen unbedeutende Medien muss man solche Geschütze nicht auffahren.

Der Wegfall der meisten Werbeeinnahmen trifft uns hart, da Spenden und Patenschaften alleine nicht für die Aufrechterhaltung von Achgut.com

ausreichen. Wir von Achgut.com werden in den nächsten Tagen beraten, wie wir mit dieser Situation umgehen. Bitte haben Sie dafür Verständnis, dass heute keine neuen Beiträge erscheinen, morgen setzen wir die Berichterstattung bis auf Weiteres wie gewohnt fort. Bis dahin bleibt uns nur der Appell:

- Unterstützen Sie uns mit einer Patenschaft oder einer Spende, damit achgut.com weiter erscheinen kann. Unsere Rücklagen reichen für einen langfristigen Weiterbetrieb nicht aus.
- Wir verstehen selbstverständlich alle Leser, die uns in diesen schwierigen Zeiten finanziell nicht unterstützen können, und freuen uns umso mehr über jene, die es doch tun.
- Im Übrigen können alle uns helfen, indem sie diesen Anschlag auf die Presse- und Meinungsfreiheit publik machen und weiterverbreiten.
- Insbesondere Kunden des Volkswagenkonzerns und der Firma Audi können ihre Meinung bei diesen Unternehmen direkt kundtun, egal ob per E-mail, per Social Media oder persönlich beim Händler ihres Vertrauens.

Audi

- Cornelia Böhm: <https://www.linkedin.com/in/corneliab%C3%B6hm/>
- linkedin: <https://www.linkedin.com/company/audi-ag/>
- facebook: <https://www.facebook.com/AudiDE>
- twitter: <https://twitter.com/AudiOfficial>
- instagram: https://www.instagram.com/audi_de/

Volkswagen:

- linkedin: <https://www.linkedin.com/company/volkswagen-ag/>
- facebook: https://www.facebook.com/VolkswagenDE/?brand_redir=126633520699374
- instagram: https://www.instagram.com/volkswagen_de/ <https://twitter.com/VW>

Taboola:

- Thomas Koch: <https://www.linkedin.com/in/kochthomas/>
- linkedin: <https://www.linkedin.com/company/taboola/>
- favebook: <https://www.facebook.com/tabooladach>
- twitter: <https://twitter.com/taboola>
- Wir wissen, dass uns auch zahlreiche Mitarbeiter des Volkswagen-Konzerns gerne lesen, weil Achgut.com stets eine Lanze für das Auto als individuelles Fortbewegungsmittel der selbstbestimmten Bürger bricht. Liebe Mitarbeiter des VW-Konzerns, kommunizieren Sie diesen Skandal an Ihre Kollegen weiter, gerade Ihr Protest bei Ihren Vorgesetzten ist besonders wichtig.
- Es geht nicht nur um uns, sondern auch um die Freiheit von uns allen. Wir danken allen unseren Lesern und Demokraten in diesem Land.

Henryk M. Broder, Dirk Maxeiner, Fabian Nicolay

Anmerkung der EIKE Redaktion

Wir unterstützen die ACHSE des Guten und erklären uns solidarisch. Was bei unserem Blog mangels der Entzugsmöglichkeit von Werbung durch den Entzug der Gemeinnützigkeit versucht wird, versucht man bei werbefinanzierten Blogs, diesen durch Entzug derselben, die Existenzgrundlage zu nehmen. Daher bitten wir unsere Leser, diesen Blog nach ihren Möglichkeit zu unterstützen.

Dokumentation: Im Folgenden der Schriftwechsel zwischen Henryk M. Broder und der Audi AG sowie das Kündigungs-Schreiben unserer Anzeigen-Agentur

Von: Broder Henryk

Gesendet: Dienstag, 14. Juni 2022 15:11

An: xxx (I/GP) ; xxx (I/GP)

Cc: xxx (I/GP-C1) ; Boehm, Cornelia (I/GP-C1)

Betreff: wahnsager und blacklist

guten tag, frau xxx, frau xxx, frau boehm,

guten tag, herr xxx,

ich heiße henryk m. broder und bin mitherausgeber der seite „achse des guten“.

erlauben sie mir eine anfrage. auf dem twitter-account „WahnSager“ vom 10 juni

findet sich ein an sie gerichteter eintrag eines anonymen nutzers:

– Auweia

@AudiOfficial

Seid ihr sicher, dass ihr auf Achgut (schlimm genug!) im Umfeld des Lügners, Impfgegners und Coronaverharmlosers #Homburg mit eurer Werbung gut vertreten seid?? –

worauf ein AudiOfficial antwortet:

Vielen Dank für diesen Hinweis! Derartige Anzeigen werden automatisiert ausgespielt und wir haben keinen Einfluss auf die Platzierung. Wir werden den Fall jedoch prüfen und unsere Blacklist entsprechend überarbeiten.

ich finde es erstaunlich, dass sie auf eine haltlose denunziation dermaßen servil reagieren und gleich eine „überarbeitung“ ihrer blacklist anbieten. würden sie mich bitte darüber aufklären, nach welchen kriterien ihre blacklist erstellt und wem bis jetzt die ehre zuteil wurde, in diese liste aufgenommen zu werden? und noch etwas: sollte ich auf die idee kommen, mir einen audi zu kaufen, könnten sie mir garantieren, dass er nicht in einem ihrer werke in der uiguren-provinz Xinjiang hergestellt wurde, in der das chinesische regime arbeits- und umerziehungslager unterhält? produkte aus dieser region stehen nämlich auf meiner blacklist.

mit der bitte um eine zeitnahe und zitierfähige antwort

mit besten grüßen

ihr hmb

link: <https://twitter.com/WahnSager/status/1535186438752542721>

On Thursday, June 16, 2022, 08:25:05 AM GMT+2, Boehm, Cornelia (I/GP-C1) wrote:

Sehr geehrter Herr Broder,

Vielen Dank für Ihre Anfrage.

Ich hoffe sehr, Sie genießen den Feiertag!

Sie verstehen sicherlich, dass wir jegliche Hinweise überprüfen, die uns erreichen. Und genau das behalten wir uns auch in diesem Fall vor: Eine Prüfung des Mediums auf dem Anzeigen für unser Unternehmen ausgespielt werden. Und die stetige Überarbeitung unserer Inklusions- und Exklusionslisten für Werbeanzeigen.

Mit besten Grüßen aus Ingolstadt,

Cornelia Böhm

Mit freundlichen Grüßen / Best regards,

Cornelia Böhm

Social Media

Find me on LinkedIn

AUDI AG I/GP-C1 D-85045 Ingolstadt Tel.: xxx Mobile: xxx Write me a mail!

— Forwarded Message —

From: Broder Henryk

To: Arnold, Dirk (I/GP) ; Mellinghoff, Susanne (I/GP) ; Boehm, Cornelia (I/GP-C1)

Cc: Weigel, Janina (I/GP-C1) ; Clemendt, Sina (I/GP-U)

Sent: Friday, June 17, 2022, 04:27:23 PM GMT+2

Subject: Re: AW: wahnsager und blacklist

sehr geehrte frau boehm,

ich bin mir nicht sicher, ob sie sich der tragweite ihrer aussage bewusst sind,

bei AUDI gebe es „Inklusions- und Exklusionslisten“. möglich, dass sie bei der ausbildung für ihre jetzige tätigkeit nicht gelernt haben, dass dies vor nicht allzu langer zeit eine aufgabe war, die in die zuständigkeit des RSHA fiel, mit recht unangenehmen folgen für die exkludierten, wie sie hier <https://de.wikipedia.org/wiki/Reichssicherheitshauptamt> nachlesen können. allein die unbefangenheit, mit der sie die begriffe inkludieren und exkludieren handhaben, ist schwer erträglich.

es wäre gut, wenn sie noch mal darüber nachdenken – und vielleicht mit ihren vorgesetzten reden würden – wofür die exklusion von menschen, gruppen oder unternehmen steht, die aufgrund einer anonymen denunziation sanktioniert werden. ich mag es mir nicht vorstellen, dass eine solche praxis teil der AUDI-unternehmenskultur sein könnte.

ich wünsche ihnen ein inklusives wochenende

hb

Wir stellten am Donnerstag den 23.06.2022 fest, dass über unsere Anzeigen Agentur Taboola, mit der wir seit Jahren vertrauensvoll

zusammenarbeiten, keinerlei Werbung mehr ausgespielt wurde. Auf Anfrage erhielt unser Büroleiter von dort folgende Antwort:

Hallo Christoph,

es tut mir leid, dass die Codes nicht angezeigt werden. Wir hatten eine unangenehme Situation, auf die wir kurzfristig reagieren mussten. Das Ausschalten vom Feed wurde als temporäre Lösung angewendet, bis das Problem vollständig untersucht werden konnte.

Von unserem Premium-Advertiser haben wir starke Beschwerden zur Polarität und Kontroversität der Inhalte von Achgut erhalten. Als Reaktion darauf hat sich unser Content Review Team die Inhalte genauer angeschaut. Dazu wurden mehrere interne sowie externe Check-Tools angewendet. Im Ergebnis der Prüfung kamen unsere Content Review- und Policy-Teams zu dem Schluss, dass die auf Achgut veröffentlichten Inhalte den Publisher-Richtlinien von Taboola nicht entsprechen. Infolgedessen muss die Partnerschaft zwischen Achgut Media und Taboola beendet werden.

Es tut mir leid, dass ich dir diese unangenehme Nachricht überbringen muss, denn ich habe unsere Zusammenarbeit immer genossen. Diese Entscheidung kann ich jedoch nicht beeinflussen. Wenn nötig, können wir gern dazu persönlich sprechen. Ansonsten bekommt ihr am Montag eine offizielle E-Mail vom Legal dazu.

Was die Auszahlungen angeht, werden alle ausstehenden Gutschriften von uns selbstverständlich beglichen.

Ich danke dir für unsere Zusammenarbeit und hoffe auf dein Verständnis.

Kind regards / Viele Grüße

K. O

Lesen Sie zum Thema bei Achgut bitte auch

„Skandalchronik einer deutschen Industrieperle“

„Gegen die Macht der Denunzianten“

„Feigheit als Markenkern“

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier